

Antrag an die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE am 22. und 23. Februar 2019 in Bonn

Internationalistisch denken und handeln!

Die progressiven Kräfte Lateinamerikas brauchen die Solidarität der Linken weltweit.

Antragsteller: AG Cuba Sí

Unterstützer/-innen des Antrages:

Kommunistische Plattform, Bezirksvorstand Tempelhof-Schöneberg (Berlin), Ellen Brombacher (Delegierte Mitte), Melanie Rott (Delegierte Mitte), Stefan Jeglielka (Delegierter Mitte), Carsten Schulz (Delegierter Tempelhof-Schöneberg), Harri Grünberg (Delegierter Cuba Sí), Claudia Gerathewohl (Delegierte Cuba Sí), Rim Farha (Delegierte Kommunistische Plattform), Uwe Hiksich (Marxistisches Forum), Kristian Glaser (Delegierter Hamburg-Mitte)

Der Parteitag möge beschließen:

Die Linke Lateinamerikas sieht sich gegenwärtig mit einer Offensive der rechten Kräfte des Kontinents konfrontiert, einer Offensive, die auch durch Sanktionen der USA und der EU flankiert wird. Ziel ist es, jene Regierungen zu beseitigen, die der neoliberalen Globalisierung im Wege stehen. Der Wahlsieg Jair Bolsonaro 2018 in Brasilien ist ein Ausdruck dieser extremen Rechtsentwicklung. Der neue Präsident hat bereits die Zerschlagung der Linken in Brasilien, ihrer Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen angekündigt.

Brasilien ist eine weitere Niederlage der fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas – und die Lage für jene Regierungen, die einen Weg der Unabhängigkeit und Souveränität eingeschlagen haben, die eine Politik der Armutsbekämpfung, des sozialen Fortschritts und des Friedens verfolgen, wird schwieriger. Gegenwärtig versucht die politische Rechte in Venezuela, unterstützt von den USA und ihren Verbündeten, einen Regime Change in Venezuela zu erzwingen.

Mit parlamentarischen und konstitutionellen Putschen wurden bereits fortschrittliche Präsidenten aus dem Amt entfernt. Die dominierenden Medien bereiten den Boden für solche Putsche; gelingen sie, werden Polizei und Justiz zu Exekutoren im Kampf gegen Links. Die politische Repression gegen linke Aktivisten nimmt zu, ihnen droht die physische Liquidierung. So soll versucht werden, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Linke nicht mehr durch Wahlen in Regierungsverantwortung zurückkehren kann. In der jetzigen Situation würde deshalb ein freiwilliger Machtverzicht einer fortschrittlichen Regierung nicht die Demokratie fördern, sondern ein diktatorisches Regime hervorbringen.

Im Rahmen des Foro de São Paulo im Juli 2018 in Havanna haben die linken Parteien und Bewegungen des Kontinents die Situation in Lateinamerika analysiert, Versäumnisse und Fehler diskutiert, aber auch das Recht betont, Putschbestrebungen der alten Eliten und ihrer internationalen Verbündeten konsequent entgegenzutreten.

Die progressiven Regierungen haben große Erfolge bei der Armutsbekämpfung in ihren Ländern vorzuweisen, Formen einer solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit sind entstanden, Lateinamerika wurde 2014 zu einer Zone des Friedens erklärt, ein Integrationsprozess wurde in Gang gesetzt, bei dem neue Staatenbündnisse gegründet wurden, die eine eigenständige, souveräne Entwicklung der Länder betonen. Diese Entwicklung hatte sich vollzogen trotz des erbitterten Widerstandes der alten Eliten des Kontinents. Erinnerung sei u. a. an den Putsch in Venezuela

2002 sowie an den Versuch im Jahr 2008, die erdgasreiche Provinz Santa Cruz von Bolivien abzuspalten. Der gegenwärtigen Ereignisse in Venezuela reißen sich ein in diese Kette von Putschen auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Im Kampf um den Erhalt und die Stärkung progressiver Regierungen geht es auch um die Zukunft Lateinamerikas – um den Frieden in der Region, um die Unabhängigkeit und Souveränität der Länder sowie um die Verbesserung der sozialen Situation eines Großteils der Bevölkerung. Die lateinamerikanische Linke setzt derzeit große Hoffnungen in den neuen Präsidenten Mexikos Andrés Manuel López Obrador (Amló), dass mit ihm der Rechtstrend in Lateinamerika zumindest aufgehalten werden könne.

Auf der Tagung des Foro de São Paulo im Juli 2018 in Havanna wurde in der Abschlusserklärung betont, dass Vertreter des internationalen Großkapitals, des Militärs und der Medien sich in einem bislang nicht gekanntem Maße koordinierten. Deshalb sei „zwischen allen linksgerichteten Kräften Lateinamerikas und der Karibik, Asiens und Afrikas, Europas und Nordamerikas praktizierter Internationalismus dringend geboten“.

Angesichts der Offensive der lateinamerikanischen Rechten und ihrer internationalen Verbündeten zählt die Linke in Lateinamerika auch auf die internationalistische Unterstützung der Partei DIE LINKE in der Bundesrepublik. Zu dieser Unterstützung muss auch eine realistische Berichterstattung, die wahrheitsgemäße Information und die Aufklärung über historische und politische Zusammenhänge sowie über die Entstehung der Konfliktursachen in den Ländern Lateinamerikas gehören.

Der Putsch gegen die Regierung Maduro und das mögliche militärische Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten in Venezuela, das einen Bürgerkrieg in Venezuela, einen Krieg auf dem Kontinent oder sogar einen internationalen militärischen Konflikt zur Folge haben könnte, erfordert von allen Linken und insbesondere von unserer Partei DIE LINKE internationalistisches Handeln, erfordert in dieser gefährlichen Situation die Solidarität mit der Bolivarischen Republik Venezuela.

Die linken Kräfte Venezuelas und der überwiegende Teil der Linken Lateinamerikas unterstützen die antiimperialistische Regierung Maduros. Die bolivariische Revolution brachte politische und soziale Fortschritte für die Masse der armen Bevölkerung – eine Niederlage würde diese Fortschritte zunichte machen. Viele linke Kräfte Venezuelas, die im Polo Patriótico organisiert sind, üben auch Kritik an der Regierung Maduro, sie lassen aber kein Zweifel aufkommen, dass man gemeinsam den Putsch der Rechten abwehren muss. Deshalb rufen wir alle demokratischen Kräfte, alle Linken und insbesondere die Mitglieder unserer Partei auf, lautstark die Stimme zu erheben gegen die von den USA, der EU und den rechten Regierungen in Lateinamerika vorangetriebene Eskalation der Situation in Venezuela, die zu einem Regime Change führen soll.

DIE LINKE verurteilt den Putsch der rechten Opposition in Venezuela. Die Selbsternennung von Juan Guaidó zum „Übergangspräsidenten“ besitzt keinerlei juristische Grundlage und widerspricht internationalen Normen und Regeln. Venezuelas gewählter Präsident heißt Nicolás Maduro! Nur er ist durch das Volk legitimiert, dieses Amt auszuüben! Wir fordern von den USA, ihren Verbündeten und – hier vom Parteitag der LINKEN aus – insbesondere von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Respektierung des Völkerrechts sowie die Respektierung des gewählten Präsidenten Maduro und seiner Regierung.

DIE LINKE fordert: Hände weg von Venezuela! Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Wir warnen vor einer Eskalation der Gewalt und vor einer Invasion der USA und ihrer Verbündeten in Venezuela, die einen Krieg auslösen kann. DIE LINKE unterstützt alle Initiativen, insbesondere die Vermittlungsangebote Uruguays und Mexikos, die darauf abzielen, eine friedliche Lösung der angespannten Lage auf Grundlage der Verfassung und der Gesetze des Landes zu erreichen. Venezuela braucht Frieden, Venezuela braucht Initiativen der Deeskalation und des

Dialogs! Auf dem Parteitag der LINKEN in Leipzig haben die Delegierten beschlossen, dass DIE LINKE – im Falle einer solchen Bedrohungssituation wie derzeit und im Falle eines möglichen Angriffes der USA auf Venezuela – solidarisch mit Venezuela ist. Dies muss auch jetzt noch gelten!

DIE LINKE als internationalistische Friedenspartei unterstützt die fortschrittlichen Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika in ihrem Kampf um das Recht, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen, in ihrem Kampf um die Bewahrung der 2014 geschaffenen Friedenszone auf dem lateinamerikanischen Kontinent sowie in ihrem Kampf gegen die Rechtsentwicklung und für die Stabilisierung des Integrationsprozesses in Lateinamerika.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Ratifizierungsprozess für den 2016 unterzeichneten Grundlagenvertrag zwischen der EU und Kuba, der den „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU zu Kuba aus dem Jahr 1996 abgelöst hat, in allen Mitgliedstaaten der EU erfolgreich zu Ende geführt wird. DIE LINKE entwickelt Initiativen, damit dieser Vertrag mit Leben erfüllt wird.

DIE LINKE setzt sich aktiv für die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba ein. Sie entwickelt Aktivitäten, damit die Anwendung der US-amerikanischen Blockadegesetze in den Mitgliedsländern der Europäischen Union entsprechend der Resolution der EU aus dem Jahr 1996 (Verordnung des Rates Nr. 2271/96) unterbunden wird.